

GEGENSTANDPUNKT & DISKUSSION

Die politische Vierteljahreszeitschrift GegenStandpunkt lädt ein zu Vortrag und Diskussion.

Warum steigen die Mieten und die Wohnungsnot? Die kapitalistische Wohnungsfrage

Referent: Jonas Köper, GegenStandpunkt

Zeit: Do, 16.1.14, 19.00 Uhr Ort: Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen
Termine in 2014: 20.2. 25.3. 29.4. 15.5. 19.6.

Der Preis fürs Wohnen, Miete oder Kauf, geht Massen Leuten an die Lebensführung, wenn sogar Besserverdienende 30 – 40 % ihres Einkommens dafür loswerden. Mieter werden verdrängt in Massenquartiere oder an den Stadtrand und finden sogar gar keine geeignete Wohnung – ein ziemlich absoluter Mangel, der sonst auf den Märkten für normale Leute nicht üblich ist. Die Zahl der Obdachlosen steigt auch. Das ist mit unschöner Regelmäßigkeit ein öffentliches Thema.

*

Weniger ist in der Öffentlichkeit die Rede von solchen Fragen: Was ist das für ein Markt, dieser Wohnungsmarkt? Warum sind in Ballungsgebieten die Mieten und Preise für Wohnungen so immens höher als in andren Lagen, obwohl die Baukosten gleich sind? Was ballt sich alles in „Ballungsgebieten“, und warum ziehen auch so viele Leute dahin, wo sie sich das Wohnen kaum leisten können? Was ist mit ihren Einkommen los, dass schon das Wohnen sie an die Grenze stoßen lässt? Was will da so teuer bezahlt sein bei den Geschäftsleuten der Sparte „Haus und Grund“? Wie machen Grundeigentümer aus einem Stück Erde Geld?

Etwas Ursachenforschung wäre doch angemessen, wenn die Wohnungsfrage so existenziell auf den Nägeln brennt.

*

Stattdessen tönt der Ruf, dass doch nicht sein dürfe, was ist: „Wohnen muss bezahlbar bleiben!“ Dieser Appell im Namen braver Leute, die ja zahlen wollen und kaum mehr können, richtet sich an die Politik. Ob das die geeignete Adresse ist? Stutzig machen könnte schon deren Antwort: Politiker versprechen eine „Mietprelsbremse“, also das Steigen der Mieten zu verlangsamen, die für Mieter längst zu hoch sind. Mehr wollen sie den Immobilienbesitzern und Investoren aber nicht zumuten. Das ist kein Wunder. Das Gewinnemachen mit Immobilien zählt zum Wirtschaftswachstum, auf das der Staat aus ist und alles ausgerichtet. Dafür schützt er schließlich das Eigentum, auch an Haus und Grund, und deshalb fördern Kommunen sogar mit öffentlichen Geldern die „Attraktivität“ von „Lagen“, damit Investoren dort in Haus und Grund anlegen, um auch an hohen Preisen fürs Wohnen zu verdienen. Weshalb es die Absurdität in dieser Marktwirtschaft gibt, dass Mieter und Wohnungssuchende die Verbesserung von Infrastruktur in ihrem Quartier ebenso fürchten wie die Sanierung und Modernisierung ihrer Wohnungen.

„Wohnen darf keine Ware sein!“ setzen radikalere Kritiker dagegen. Bei so einem existenziellen Bedürfnis wie dem Wohnen geht ihnen wohl zu weit, was im Kapitalismus allumfassend gilt: Jedes Bedürfnis wird für ein Geschäft ausgenutzt, und dafür ist Wohnen sogar besonders geeignet, weil jeder muss. Beim Wohnen wünschen sie es anders. Nur hilft so ein Wunsch noch nicht einmal beim Nachdenken darüber weiter, mit was für einer Wirtschaft der Mensch mit seiner Wohnungsfrage konfrontiert ist.

*

„Wir bleiben alle“ proklamieren manche trotzig gegen die harte Erfahrung, dass die Geschäftsleute der Sparte „Haus und Grund“ die Macht des Geldes haben, für mehr Rendite die Nutzungsweise von ganzen Wohnquartieren umzuwälzen und bisherige Mieter zugunsten lukrativerer auszutauschen. Dass diese Macht das Recht des Staates im Rücken hat, ist ihnen so weit geläufig, dass sie ihr „Recht auf Stadt“ dagegen setzen. Das meinen sie dadurch erworben zu haben, dass schließlich sie dort leben und sich ihr Leben eingerichtet haben. Aber gehörte zu diesem Leben nicht, dass sie bei Strafe des Rauswurfs den Haus- und Grundbesitzern tributpflichtig waren, die nun ihre Neukalkulation an ihnen vollstrecken? Ist es angemessen, dagegen kämpferisch den Standpunkt von Mietern zu setzen, nach dem besser alles beim Alten bliebe?

Im Buchhandel:

